

Die COVID-Pandemie in Lateinamerika

Konsequenzen für das Recht auf gesunde Ernährung



Peru: Essensausgabe des Militärs (Ministerio de Defensa del Perú/Flickr, CC BY 2.0)

Die FIAN-Sektionen in Lateinamerika und der Karibik haben die Auswirkungen von Corona auf die Ernährungslage umfangreich dokumentiert und sich für die Unterstützung besonders betroffener Bevölkerungsgruppen eingesetzt. Sowohl die Pandemie als auch die zu ihrer Bewältigung ergriffenen Maßnahmen bedrohen das Recht auf Nahrung großer Bevölkerungsgruppen.

Armut und Ungleichheit

Die Länder Lateinamerikas und der Karibik wurden von der Pandemie besonders schwer getroffen. Zwar stellt die Region nur 8,4 Prozent der Weltbevölkerung, dennoch beklagt sie rund ein Viertel der Todesopfer weltweit. Von den mehr als 30 Millionen nachweislich Infizierten verloren fast eine Million Menschen ihr Leben – rund die Hälfte davon allein in Brasilien.

Die Pandemie führte zu einem erneuten Anstieg der Armut und verschärfte die ohnehin besorgniserregende Ernährungssituation. Die UN schätzen, dass die Anzahl von Menschen in Armut um 28,7 Millionen auf 214 Millionen ansteigen wird, davon rund 83 Millionen in extremer Armut¹. Bereits vor der Pandemie waren auf dem Kontinent 191 Millionen Personen von Ernährungsunsicherheit betroffen, mehr als 57 Millionen davon gravierend². Die UN geht davon aus, dass die Zahl nach der Pandemie deutlich steigen wird.

Die schwächelnde Wirtschaftsleistung ist um weitere 8,1 Prozent gefallen³. Besonders stark sind die Folgen auf dem Arbeitsmarkt zu

spüren, der den Arbeitnehmer*innen ohnehin kaum soziale Sicherheit bietet. Laut Angaben der ILO sind seit Ausbruch der Pandemie 26 Millionen Jobs verloren gegangen. Gleichzeitig hat die Beschäftigung von Menschen im informellen Sektor, in dem rund 140 Millionen Menschen ohne sozialen Schutz und Zugang zu Gesundheitsversorgung arbeiten, weiter zugenommen. Besonders verbreitet sind die informellen Ökonomien im ländlichen Raum.

Die soziale Ungleichheit, die seit dem Jahr 2002 rückläufig war, nimmt wieder zu. Besonders betroffen von der Verschlechterung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und gesundheitlichen Situation sind ländliche Bevölkerungsgruppen, indigene und afrodeszendente Völker sowie Frauen.

Verschärfte Ernährungssituation

Obwohl aus den Ländern Lateinamerikas rund 23 Prozent der weltweiten Agrar- und Fischereieporte stammen, leiden dort Millionen Menschen unter Hunger. Dies zeigt einmal mehr, dass Hunger in den seltensten

Fällen auf Nahrungsmittelknappheit beruht, sondern auf Problemen bei der Verteilung. Die mangelnde Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln während der Pandemie, deren Ursachen im Folgenden analysiert werden, führte oftmals zum Konsum minderwertiger Nahrungsmittel. Dr. Julio Berdegué, FAO-Vertreter in der Region, kommentiert: „Der Hunger in Lateinamerika ist im Grunde genommen eine Folge von Armut und Ungleichheit“.

Zugänglichkeit: Die vielerorts verhängten Lockdowns schränkten die Bewegungsfreiheit stark ein. Viele Menschen konnten ihrer Arbeit nicht nachgehen, was die Einkommen und die Möglichkeit, Lebensmittel zu kaufen, erheblich beeinträchtigte. Haushalte mit verringertem Einkommen reduzierten ihren Lebensmittelkonsum, litten Hunger oder waren gezwungen, ihre Ernährung auf günstigere, weniger gesunde Lebensmittel umzustellen.

Verfügbarkeit: Die Schließung von Bauernmärkten, die meist fehlende Unterstützung für die bäuerliche und indigene Landwirtschaft sowie Schwankungen der Lebensmittelpreise führten vielfach zu einer Reduzierung der Nahrungsmittelproduktion sowie zu Einschränkungen bei der Distribution.

Frauen und COVID

Auch wenn die sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie die gesamte Bevölkerung betreffen, waren sie für Frauen aufgrund von Diskriminierung, Ungleichheit und Gewalt stärker zu spüren. In den Ländern Lateinamerikas und der Karibik gehen viele Frauen einer Erwerbstätigkeit im informellen Sektor nach, zum Beispiel auf Märkten oder in der Landwirtschaft. Ein Beispiel davon sind die *Madan Sara* in Haiti – Straßenverkäuferinnen, die zwischen verschiedenen Regionen des Landes mit landwirtschaftlichen Produkten handeln. Aufgrund der Schließung der Märkte durften sie ihre Produkte nicht mehr verkaufen. In der Folge verloren sie ihre Einkommensquelle, wodurch sich die Ernährungssituation der Familien verschlechterte.

Zumeist übernehmen Frauen die Verantwortung für die Pflege von Familienangehörigen und die Erziehung der Kinder. Wie auch in westlichen Ländern wirkten sich Maßnahmen wie Lockdowns oder die Schließung von Schulen besonders nachteilig für Frauen aus. Neben körperlicher Überlastung und Ausbeutung nahmen im Zuge der Pandemie auch Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt zu. Laut UN wurden mindestens 1.400 Frauen in Lateinamerika während des Lockdowns ermordet. In Ecuador kürzte die Regierung 80 Prozent des Budgets für die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt; 21 Frauen wurden dort während des Lockdowns ermordet. In Brasilien sind die Zahlen noch erschütternder: Während der Pandemie wurden 429 Frauen Opfer von Feminiziden⁴ – durchschnittlich drei Frauen pro Tag. Auch wenn geschlechterspezifische Gewalt alle Frauen betrifft, haben insbesondere indigene und schwarze Frauen mehr Schwierigkeiten, ihr zu entkommen. In Brasilien waren 68 Prozent der ermordeten Frauen Schwarz. In Paraguay registrierte der Notdienst des Ministeriums für Frauen im März 2020 fünfzig Prozent mehr Anrufe als im selben Zeitraum des Vorjahres.



Lebensmittelausgabe in Brasilien (Agência Brasília/Flickr, CC BY 2.0)

Angemessenheit: Eine gesunde Ernährung basiert auf Lebensmittelvielfalt, einer ausreichenden Menge, der Nährstoffqualität sowie der Absenz von Giftstoffen. Die von den Regierungen angeordneten Maßnahmen behinderten jedoch oftmals eine angemessene Ernährung. Ein Beispiel dafür sind Lebensmittelpakete für die am schwersten betroffenen Gruppen: Diese waren häufig von zu geringem Umfang, von niedriger Qualität und kulturell nicht geeignet.

Auswirkungen staatlicher Maßnahmen

Agrobusiness statt bäuerlicher Landwirtschaft

Während Konzerne, Großproduzenten und globale Lieferketten durch die staatliche Politik begünstigt wurden, verstärkten die Maßnahmen oftmals die strukturelle Benachteiligung kleiner Lebensmittelproduzent*innen.

In Ecuador, einem der am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder, wurde der Agrar- und Ernährungsbereich zum „strategischen Sektor“ erklärt⁵. Da der Export von Erdöl aufgrund des Preisverfalls nicht mehr rentabel war, ersetzte die Regierung diesen durch Agroexporte. Anstatt die Ernährungssicherheit der ecuadorianischen Bevölkerung zu stärken, wurde unter dem vom Landwirtschaftsministerium geprägten Slogan „Das wahre Öl liegt in der Landwirtschaft“ die Ausfuhr von Bananen, Garnelen, Palmöl und Kakao intensiviert. Hiervon profitierte in erster Linie das Agrobusiness.

Die Regierung von Kolumbien setzte durch ein Dekret die Zölle auf Importe von Mais, Sorghum und Sojabohnen aus. Hierdurch erhöhte sich die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten; diese diente jedoch nicht der Ernährung der Bevölkerung, sondern meist als Tierfutter.

In Paraguay hat die Regierung aufgrund finanzieller Schwierigkeiten die meisten Programme zur Unterstützung bäuerlicher Familienbetriebe ausgesetzt⁶. Anstatt die lokale Produktion von gesunden und frischen Lebensmitteln zu fördern, um die durch COVID verursachte Ernährungskrise einzudämmen, beschränkten sich die Notfallmaßnahmen des Staates auf minimale Geldtransfers und Lebensmittelpakete für die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen.

In Honduras wurde ein Programm zur Sicherung der Ernährungssicherheit ins Leben gerufen. Dieses war auf die Unterstützung der einheimischen sowie der transnationalen Lebensmittelindustrie

ausgerichtet und konzentrierte sich auf die Stärkung der Produktions- und Vertriebsketten. Eine spezielle Förderung erfuhren sogenannte „agroindustrielle Parks“, deren Bau und Betrieb offiziell zur Priorität und Notwendigkeit erklärt wurde⁷.

Schließung von Märkten

Ausgangssperren und die Schließung der Bauernmärkte zur Eindämmung von Infektionen – bei gleichzeitiger Öffnung von Supermärkten – hatten katastrophale Auswirkungen auf den Lebensunterhalt von Kleinproduzent*innen. Die Situation wurde oftmals von Zwischenhändler*innen ausgenutzt, die auf höhere Abnahmepreise spekulierten. In **Ecuador** führten die Restriktionen zu einem Anstieg informeller Vertriebswege, verbunden mit erhöhten Gesundheitsrisiken. Die Schließung des Bauernmarkts von Asunción (**Paraguay**) hatte zur Konsequenz, dass die Frauen, die ihre Produkte dort verkaufen, ihr Haupteinkommen verloren. Ein großer Teil der Bevölkerung in **Honduras** erwirbt kostengünstige Lebensmittel auf Märkten; durch deren Schließung hatte die ärmere Bevölkerung große Schwierigkeiten, ihr Recht auf angemessene Nahrung wahrzunehmen. In **Haiti** setzte der erhöhte Import von Reis den inländischen Reisproduzent*innen stark zu.

Karitative statt struktureller Lösungen

Anstatt die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen, die auf die dezentrale Ernährung der Bevölkerung ausgerichtet ist, reagierten die meisten Regierungen auf die durch die Pandemie verursachte Ernährungskrise mit karitativen Maßnahmen. In **Brasilien** blieben durch die Schließung von Schulen viele Kinder ohne Zugang zu Nahrung. Die Regierung reagierte nicht mit der Bereitstellung von Nahrungsmitteln aus lokalen Kleinbetrieben (so wie im brasilianischen Schulspeisungsprogramm), sondern überwies den Familien Geld. Laut UNICEF haben 58 Prozent der brasilianischen Familien mit Kindern während der Pandemie ihre Essgewohnheiten geändert; sie konsumieren nun verstärkt hochverarbeitete ungesunde Lebensmittel und Getränke⁸. In **Kolumbien** war die bereitgestellte Nahrung des Schulspeisungsprogramms – für viele Familien die einzige Mahlzeit am Tag – meist nährstoffarm und ungesund. Die **ecuadorianische Regierung** setzte auf die Bereitstellung von Lebensmittelpaketen für die bedürftigsten Familien. Diese stammten aus öffentlich-privaten Allianzen, welche ohne Beteiligung

des bäuerlichen Sektors die Interessen agroindustrieller Unternehmen priorisierten. Darüber hinaus wurde keine Rücksicht auf die Qualität, den Nährwert und die kulturelle Angemessenheit der angebotenen Lebensmittel genommen. In **Paraguay** wurden nur 27.000 der angekündigten 300.000 Lebensmittelpakete tatsächlich zugestellt. Zusätzlich führte die Regierung Hilfsprogramme in Form von Bargeldtransfers ein, wie das Programm Nangareko für den Einkauf von Lebensmitteln und Hygieneprodukten sowie das Programm Tekopora für Familien in Armut. In **Honduras** enthielten die sogenannte „Solidaritätstüten“ (*Bolsas Solidarias*) überwiegend hochverarbeitete Produkte von Großhändlern, die weder in ihrer Menge noch von ihrem Nährwert angemessen waren.

Autoritäre Kontrolle

Die Pandemie wurde vielfach dafür genutzt, eine höhere Kontrolle der Bevölkerung auszuüben. Insbesondere arme Menschen wurden vermehrt Zielscheibe von Kriminalisierung. Alleine in **Paraguay** sind bis Juni 2020 mehr als 3.000 Menschen wegen Missachtung der Ausgangssperren angeklagt worden. Dabei hatten viele dieser Menschen keine andere Wahl als ihr Zuhause zu verlassen. Viele gehen einer informellen Arbeit zur Sicherung ihres Lebensunterhalts nach.

Indigene Bevölkerung

Die Covid-Krise wirft auch ein Schlaglicht auf die strukturelle Benachteiligung indigener Gemeinschaften. Zum einen fehlt es ihnen häufig an grundlegender Infrastruktur wie Wasser, Strom oder asphaltierten Wegen. Zudem ist die Mehrheit der indigenen Bevölkerung anhaltenden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt und wird von der Ausgestaltung der Politiken, die sie betreffen, ausgeschlossen. Die Corona-Maßnahmen wirkten sich besonders nachteilig für sie aus: Der Lockdown vertiefte die Isolation vieler Gemeinden und erschwerte die Grundversorgung sowie den Zugang zu humanitärer Hilfe. Zudem erhielten indigene Völker oftmals keine angemessenen und rechtzeitigen Informationen über die Pandemie. Das Fehlen kulturell angepasster und in indigene Sprachen übersetzter Informationen verletzte nicht nur ihr Recht auf Nicht-Diskriminierung sondern gefährdete auch ihr Überleben. Das Volk der Waorani aus dem **ecuadorianische Amazonasgebiet** verklagte den Staat im Mai 2020 wegen Unterlassung der medizinischen Versorgung. Die Regierung wurde verpflichtet, Covid-Tests durchzuführen, Gesundheitszentren mit medizinischem Material auszustatten und der Gemeinde kulturell und sprachlich angemessene Informationen zu vermitteln. Im Fall der Guarani Kaiowá in **Brasilien**, die bereits stark von Tuberkulose und Unterernährung betroffen sind, erhöhte der mangelnde Zugang zu Wasser das Infektionsrisiko. Auch im Bundestaat Amazonas ist die Situation der Indigenen besorgniserregend. Dort wurde angesichts der Passivität und Untätigkeit der Behörden eine alarmierende Zahl an Infektionen und Todesfällen verzeichnet. Angesichts dieser Situation forderte der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker, José Francisco Cali Tzay, die Regierungen auf, indigene Gemeinden in ihren Sprachen über COVID zu informieren und dringende Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu kulturell angemessenen medizinischen Leistungen zu garantieren.



Brasilien: Hilfslieferung an indigene Gemeinde (Sesai/Flickr, CC BY-SA 2.0)

Ungeachtet der Einschränkungen der Bewegungsfreiheit wurden bäuerliche und indigene Gemeinden weiterhin von ihrem Land vertrieben. Dies war zum Beispiel im Fall der Gemeinde Rio Mar an der **ecuadorianischen Küste** der Fall: 37 Familien wurden im Juni 2020, mitten im Lockdown, gezwungen, ihr Land zu verlassen, obwohl der Staat ihnen den Landbesitz garantiert hatte. In **Paraguay** wurden die indigenen Gemeinschaften Guyrapaju und Itapúa im August und Oktober 2020 vertrieben.

Forderungen

Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verfehlungen der staatlichen Akteure bewegte verschiedene gesellschaftliche Gruppen dazu, eigene Lösungen für die drängenden Probleme zu suchen. So haben Bauernorganisationen Aufklärungskampagnen für den Gesundheitsschutz organisiert, Maßnahmen zum Schutz von Arbeiter*innen in der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie gefordert oder Gewalt gegen Frauen angeprangert.

In **Paraguay** etwa organisierten bäuerliche Familien Lebensmittelspenden und Suppenküchen (*ollas populares*) für die von der Pandemie am stärksten Betroffenen – ein Beispiel für die Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft. In **Brasilien** wurden zahlreiche Solidaritätsaktionen durchgeführt, bei denen ländliche Gemeinden Lebensmittel an arme städtische Gemeinden spendeten. Vergleichbare Aktionen gab es in **Kolumbien**, wo der traditionelle Tausch (*trueque*) von Produkten zwischen Gemeinden wiederaufgenommen wurde. Aufgrund der mangelnden Informationen seitens des Staats übernahmen Frauen

in bäuerlichen und indigenen Gemeinden in **Ecuador** die Sorgearbeit sowie die Information über die Krankheit sowie Hygienemaßnahmen und Selbstschutz.

Die bisherigen Ansätze zur Lösung der Ernährungskrise in Lateinamerika sind jedoch insgesamt unzureichend. Aus menschenrechtlicher Perspektive liegt das Problem nicht in der Knappheit von Nahrungsmitteln sondern in deren Zugänglichkeit. Das exportorientierte Modell des Agrobusiness, welches die Ressourcen in die Hände einiger weniger legt, die Auslaugung der Böden und den Konsum hochverarbeiteter Produkte fördert, trägt nicht zur Lösung bei sondern ist Teil des Problems. Um aus der Krise herauszukommen, muss der Zugang bäuerlicher Gemeinden zu Land gesichert, bestehende Landflächen verteidigt, die Biodiversität geschützt, Agrarökologie gestärkt und die Umweltverschmutzung reduziert werden. Angesichts von COVID-19 ist es notwendiger denn je, dass die Ernährungssysteme in Richtung Ernährungssouveränität, Agrarökologie und Menschenrechte transformiert werden. Diese Krise kann nicht mit Notmaßnahmen und Konjunkturpaketen gelöst werden, welche das bestehende Modell weiter perpetuieren.

FIAN fordert die lateinamerikanischen Regierungen auf, ihren menschenrechtlichen Pflichten nachzukommen – zum Beispiel die UN-Kleinbauernerklärung (UNDROP) und die Konvention zum Schutz von Indigenen (UNDRIP) umzusetzen – und bäuerliche Interessen über die Interessen von Investoren zu stellen. Die Demokratisierung von Ressourcen wie Saatgut, Wasser oder Land und die Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft sind wesentliche Schritte, um das Recht auf Nahrung zu gewährleisten. FIAN setzt sich für ein Modell ein, das soziale und ökologische Gerechtigkeit anstrebt, die Wahrung der Menschenrechte gewährleistet und die Interessen von Menschen und Natur gegenüber der kapitalistischen Verwertungslogik verteidigt.



Geschlossener Obstmarkt in Peru
(Ministerio de Defensa del Perú/Flickr, CC BY 2.0CC BY 2.0)

- 1 CEPAL, "El desafío social en tiempos de Covid"
- 2 FAO 2020, <http://www.fao.org/3/cb2242es/cb2242es.pdf>
- 3 Informe de Economía Latinoamericana. Segundo semestre 2020. Banco de España.
- 4 <https://violentadasencuarentena.distintaslatitudes.net/portfolio/brasil/>
- 5 FIAN Ecuador, "De quienes nos alimentan", Juni 2020
- 6 Monitoreo Impacto Covid-19, FIAN Paraguay, Dezember 2020
- 7 Informe FIAN Honduras
- 8 <http://www.unicef.org/lac/comunicados-prensa/brasil-familias-con-ninos-ninas-y-adolescentes-son-las-victimas-ocultas-de-la-pandemia>

FIAN Deutschland e.V.
Gottesweg 104
50939 Köln

www.fian.de
info@fian.de
Tel.: 0221-47449110

Köln, September 2021
Autorin: Almudena Abascal
Layout: Silvia Bodemer

FIAN, das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, ist die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.



Die Verursacher des Hungers benennen
Den Hungernden Gehör verschaffen
Gemeinsam die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen